

NACHRICHTEN

Deutscher Skinhead in Tirol verurteilt

INNSBRUCK: Wegen Beteiligung an Herstellung und Versand einer Zeitschrift mit nationalsozialistischem Gedankengut ist ein deutscher Skinhead in Österreich zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden. Ausserdem muss der 26-Jährige eine Geldstrafe von 48.000 Schilling zahlen, wie ein Geschworenengericht am Donnerstag in Innsbruck entschied. Laut einer Meldung der österreichischen Nachrichtenagentur APA hatte der aus Ravensburg stammende Mann, der nun in Tirol lebt, die Illustrierte verfasst und für die Redaktion Artikel korrigiert. Bei ihm wurden Datenträger mit einschlägigem Inhalt sicher gestellt.

Alte Rechtschreibung gefordert

DARMSTADT: Auch die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung hat sich für eine rasche Rückkehr zur alten Rechtschreibung ausgesprochen. Zeitungen, Verlage, Betriebe und staatliche Stellen sollten zur Rettung der Einheit der Schreibweise der Rechtschreibreform «das wohlverdiente Ende» bereiten, hiess es in einer am Donnerstag veröffentlichten Erklärung. Die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» hatte zum 1. August die alte Rechtschreibung wieder eingeführt und damit für heftige Debatten gesorgt. Der Deutsche Hochschulverband will vom 1. Oktober an zu den alten Regeln zurückkehren.

Treffen Barak-Mubarak

ALEXANDRIA: Israels Regierungschef Ehud Barak hat sich gestern weiter um den Friedensprozess im Nahen Osten bemüht. Barak traf in Alexandria mit dem ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak zusammen. Beim Treffen habe Einigkeit geherrscht, die Friedensverhandlungen trotz des Scheiterns des Nahostgipfels in Camp David fortzusetzen, teilte der ägyptische Aussenminister Amr Mussa nach der Unterredung mit. Beide Gesprächspartner in Kairo seien übereingekommen, dass im Friedensprozess nun «Flexibilität» notwendig sei, sagte er weiter. Barak war am Donnerstagsmorgen zu dem zweistündigen Gespräch eingetroffen, um Mubarak über die israelische Position bei dem gescheiterten Nahost-Gipfel von Camp David zu informieren. Am Nachmittag kehrte er zurück, ohne eine Erklärung abzugeben.

Koch hält Kohl in Union für unverzichtbar

SAARBRÜCKEN: Der hessische Ministerpräsident Roland Koch hat sich für eine stärkere Einbeziehung von Altkanzler Helmut Kohl in die politische Arbeit der Union ausgesprochen. In der «Saarbrücker Zeitung» (Donnerstagsausgabe) sagte Koch, die Union könne auf Kohl nicht verzichten, Kohl solle als «Elder Statesman» wieder seine Meinung sagen. Wichtiger als die Frage, ob Kohl am zehnten Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober in Dresden eine Rede halten werde, sei es, dass der französische Staatspräsident Jacques Chirac und der letzte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maiziere als Gastredner auf Kohls historische Rolle hinwiesen.

Koch sagte: «Dass die Union sich mit Helmut Kohl auch in Zukunft zeigen wird, scheint mir selbstverständlich und entschieden. Wir werden uns in Deutschland schnell wieder daran gewöhnen, dass Kohl zu wichtigen politischen Fragen seine Meinung aus der Sicht des «Elder Statesman» vorträgt.» Nach allem, was Kohl geleistet habe für die deutsche Einheit und den Bau des modernen Europas, sei sein Rat für die CDU unverzichtbar. Es wäre sogar absurd, wenn ausgerechnet die Deutschen auf den Rat eines Mannes verzichten wollten, der in Berlin von allen internationalen Staatsgästen als Ratgeber aufgesucht werde.

Startschuss zum US-Wahlkampf

Wahlparteitag in Philadelphia – Republikaner nominieren Bush und Cheney

PHILADELPHIA: Die US-Republikaner haben am dritten Tag ihres Parteitages George W. Bush zum Präsidentschaftskandidaten nominiert. Der frühere Verteidigungsminister Dick Cheney wurde offiziell zum Kandidaten für den Posten des Vize-Präsidenten ernannt.

Bush erhielt bereits am Mittwoch die für eine Nominierung nötigen 1034 Delegiertenstimmen. Der Sohn von Ex-Präsident George Bush verfolgte seine Nominierung im Kreise seiner Familie vor dem Fernseher in einem Hotel in Philadelphia. Cheney nahm die Nominierung als Vize an und forderte unter grossem Beifall ein Ende der Regierung von Bill Clinton.

Höhepunkt und Abschluss des Parteitages in Philadelphia bildete jener Moment, als Bush die Kandidatur annahm und die Delegierten mit einer Rede in den Wahlkampf für den 7. November schickte.

Bush, der derzeit noch Gouverneur des Bundesstaates Texas ist, sagte: «Dies ist der wichtigste Schritt auf dem Weg zur US-Präsidentschaft. Ich werde mein Bestes geben.» Bush war nicht in der Tagungshalle anwesend, in der der Parteitag abgehalten wurde. Cheney, der unter Bushs Vater Verteidigungsminister war, attackierte in seiner Rede den gegenwärtigen Präsidenten und seinen Vize, Clinton und Al Gore. Dabei wählte er dieselben Worte wie bereits Gore bei einem Parteitag der Demokraten im Jahr 1992. «Es ist Zeit für sie zu gehen», sagte Cheney. Gore hatte sich mit diesem Satz gegen George Bush senior gerichtet, der damals seine erste und einzige Amtsperiode beendete.



George W. Bush (links) und Dick Cheney hoffen, nach den Wahlen am 7. November für die Republikaner ins Weisse Haus einzuziehen zu können.

In den vergangenen acht Jahren seien Gelegenheiten vertan worden, sagte Cheney unter Beifall der über 2000 Delegierten. Der junge Bush sei ein Mann von Mut und Visionen. Er könne das Land führen.

«George W. Bush wird das reparieren, was kaputt gemacht worden ist», rief Cheney und fügte unter Anspielung auf die Sex-Affäre Clintons hinzu, «in der ersten Stunde des ersten Tages» werde Bush «Schicklichkeit und Integrität» im Weissen Haus wiederherstellen. Cheney arbeitet derzeit für eine internationale Öl-Gesellschaft.

Die Demokratische Partei wird ihren Kandidaten Gore auf einem Parteitag Mitte August in Los Angeles benennen.

In Meinungsumfragen hatte Bush bislang stets vor Gore gelegen. Es gibt allerdings widersprüchliche Angaben dazu, wie gross sein Vorsprung vor dem Demokraten ist.

Neue Gewalt in Kaschmir

Die Verhandlungen mit den Rebellen gehen aber trotzdem weiter

SRINAGAR: Mit einer militärischen Offensive gegen Muslim-Extremisten hat Indien am Donnerstag auf die jüngsten Morde reagiert. Den Anschlägen im indischen Teil von Kaschmir sind mindestens 90 Menschen zum Opfer gefallen.

Helikopter suchten nach den Tätern und brachten Soldaten in die Berge im Süden des Bundeslandes, teilte die Armee am Donnerstag mit. Unterdessen protestierten Hindus im ganzen Land gegen die Gewalttaten vom Vortag. In Neu-Delhi versuchten Demonstranten, die Botschaft Pakistans zu stürmen.

Der indische Regierungschef Atal Behari Vajpayee machte die von Pakistan unterstützten «terroristischen Gruppen» für die Anschläge verantwortlich. Ungeachtet der neuen Gewalt begannen

Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der indischen Regierung und der Hizbul Mujahideen, der grössten Muslimorganisation in Jammu und Kaschmir.

Mit den Verhandlungen zeigten sich beide Seiten zufrieden. Nach dem Willen der Rebellen soll Pakistan an den Unterredungen «zu einem späteren Zeitpunkt» beteiligt werden, wie ein Mujahideen-Vertreter sagte. In der vergangenen Woche hatte Hizbul Mujahideen überraschend einen dreimonatigen Waffenstillstand verkündet.

Vor dem Treffen am Donnerstag hatte ein Sprecher betont, dass der Waffenstillstand nur aufrecht erhalten werde, wenn sich die indische Regierung zu Friedensgesprächen mit Pakistan und Vertretern Kaschmirs bereit erkläre. Die Frist dazu laufe am Dienstag ab. In

Kaschmir, dem einzigen indischen Bundesstaat mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung, kämpfen mehrere muslimische Rebellenorganisationen. Die Ziele reichen von der Unabhängigkeit bis zum Anschluss Kaschmirs an Pakistan, das das nördliche Drittel der Bergregion verwaltet. Das Waffenstillstandsangebot der Hizbul Mujahideen war von anderen Rebellenorganisationen in Kaschmir scharf kritisiert worden.

Der stellvertretende Parteichef der in Indien regierenden Hindu-Nationalisten, Jaya Prakash Mathur, äusserte am Donnerstag denn auch Bedenken. Es sei unklar, «ob die Hizbul Mujahideen Verhandlungen führen könne, während andere Rebellengruppen dagegen sind und in Kaschmir rund hundert Menschen töten».



In Neu-Delhi versuchten gestern Demonstranten, die Botschaft Pakistans zu stürmen

«Spione» festgenommen

Die jugoslawischen Streitkräfte haben an der Grenze von Montenegro und Kosovo nach eigenen Angaben zwei Briten und zwei Kanadier festgenommen. In einer am Donnerstag veröffentlichten Erklärung hiess es, die vier seien bereits in der Nacht zum Dienstag festgenommen worden. Sie hätten militärische Ausrüstung und Sprengstoff mit sich geführt, und es gebe Hinweise darauf, dass sie Sondereinheiten der montenegrinischen Polizei ausgebildet hätten, hiess es weiter.

Die serbischen Behörden hatten britischen Sondereinheiten vor kurzem vorgeworfen, die montenegrinische Polizei auszubilden, um die Loslösung der prowestlichen Republik von Serbien vorzubereiten. Unterdessen teilte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien mit, zwei Mitarbeiter einer OSZE-geführten Polizeischule in Vucitrn würden vermisst. Die beiden seien vermutlich mit zwei kanadischen Mitarbeitern von Hilfsorganisationen unterwegs gewesen.

Zuvor hatte die private Nachrichtenagentur Montena-Fax gemeldet, vier Briten seien an der Grenze bei dem Berg Cakor wegen Spionage festgenommen worden. Sie wurden den Angaben zufolge zu einer Militärkaserne gebracht. Ein Militärsprecher sagte der Nachrichtenagentur AP, bei den vier Festgenommenen handle es sich um Terroristen. Ein Sprecher der internationalen Friedenstruppe im Kosovo (KFOR) sagte, die KFOR untersuche den Vorfall. Falls die KFOR von den Festnahmen betroffen sei, würden angemessene Massnahmen getroffen.

Das britische Aussenministerium teilte in einer Erklärung mit, ihm lägen keine Informationen über Festnahmen vor.